



weil es möglich ist, könne man einer allgemeinen Verkürzung der  
Arbeitszeit im Prinzip nur zustimmen, wenn vorher in der  
noch kürzerer Arbeitszeit als 10 Stunden nicht angedacht ist.  
In der Zukunft werde dann das Weichen von der Einführung des  
Wochenlohnsystems gesprochen. Der Vorsitzende sagt, er  
habe die Auffassung, dass es direkt unmöglich sei, in der Schuh-  
industrie zum Wochenlohnssystem überzugehen. Dies würde zur  
Frage haben, dass eine Art Polizeiaufsicht in den Betrieben aus-  
geübt werde und ein jeweiliges Anstreben zur Arbeit erhalte,  
welches demütigend für den Arbeiter selbst sein würde. Redner  
glaubt, dass wohl allgemein die Ansicht vorherrsche, dass man mit  
dem Wochenlohnssystem absolut nicht operieren könne, das seien  
Utopien, bei denen, falls man sie in die Praxis übertragen wolle,  
die Leistungsfähigkeit unserer Industrie zugrunde gehe. Diese  
Praxis seien aus England importiert, aber diese Gleichmässigkeit  
sei nicht angängig. Die Arbeitsverhältnisse würden unter dem Ein-  
fluss der verschiedenen geordneten Verhältnisse sehr verschieden sein.  
Schließlich werde in der Zukunft noch die Schaffung eines Schieds-  
gerichts für Streitfälle bzw. einer Tarifkommission vor-  
geschlagen, welche zu gleichen Teilen von Arbeitgebern und Arbeit-  
nehmern zu bilden sei. Dieses Schiedsgericht solle die Aufgabe  
haben, ihm gemeldete Missstände in der Industrie zu untersuchen  
und deren Beseitigung zu veranlassen, sowie die möglichste Ein-  
heitslichkeit der Arbeitszeit und Wohnräume anzustreben. Es sei sehr  
richtig, sagte Redner, dass sehr viele Verluste durch Streiks ent-  
stehen, wie es in der Zukunft heisse. Allein da könne der Verein  
deutscher Schuhmacher selbst am ehestens wirkend sein, wenn er  
seine Mitglieder dazu anhalte, weniger leichtfertig mit der Fer-  
menierung von Streiks vorzugehen. Was eine Verbindung des  
Verbandes der deutschen Schuh- und Schäftefabrikanten mit dem  
Verein deutscher Schuhmacher jenseits der Schäftefabrikanten  
angeht, so würde man es im Vorstand des Vereins deutscher  
Schuhmacher wohl nicht glauben, dass die Arbeitgeber über  
sich eine allgemeine Streikkommission einbringen würden. Man könne  
einfach keine gleichmäßigen Arbeitsbedingungen für das ganze  
Reich schaffen, das zu glauben wäre naiv. Man müsse das Ein-  
gehen einer solchen Verbindung ein für allemal zurückweisen.  
Jeder der beiden Verbände möge seine eigenen Interessen ver-  
treten. Endlich sei der Antrag 6 in den Vorschlägen des Vereins  
deutscher Schuhmacher nicht interessant. Es werde darin gesagt,  
dass die verlangte Tarifkommission bzw. das Schiedsgericht an  
seinen Orten, wo neben dem Verein deutscher Schuhmacher noch  
eine andere Arbeiter-Organisation bestünde, durch Kooperation ein  
Mitglied dieser anderen Arbeiterorganisation zu den Beratungen  
zuziehen könne. Das sei sehr richtig, wenn der Verein deutscher  
Schuhmacher geträte, dass sich neben dem Kommissionenmitglied  
seiner eigenen Vereinigung ein Mitglied einer anderen Arbeiter-  
Organisation setzen dürfe. In diesem Absatz liege eine Ueber-  
hebung sonderbarerweise seitens des Vereins deutscher Schuhmacher.  
Zum Schluss empfiehlt der Vorsitzende eine von ihm verfasste  
Resolution als Antwort auf die Adjunkte des genannten Vereins  
anzunehmen und diese Resolution mit einem Begleitenschein dem  
Vorstande des Vereins deutscher Schuhmacher zuzustellen. (Die be-  
treffende Resolution wird in einer Anzahl von Kopien im Saale  
verteilt.)

Herr Philipp Herz Mills führt aus, die zur Beratung  
stehende Frage sei wohl heute eine der wichtigsten mit. Unter  
allen Umständen sei es richtig und müsse klar und deutlich betont  
werden, dass der Verband der deutschen Schuh- und Schäfte-  
fabrikanten sich grundsätzlich nicht in Lohnverhältnissen einmische.  
Ob man aber eine solche Einmischung auch in der Frage der  
Arbeitszeit tun wolle, muss man sich darüber bewusst sein, dass  
man, indem er sich über die üblichen Folgen der verschiedenen  
ausgedehnten Arbeitszeit in der Schuhindustrie ausspricht. Zum  
Schluss beantragt Redner eine Minderung in einem Absatz der  
Resolution Man.

Der Vorsitzende, Man, S. Bamberg, ist nicht der Ansicht des  
Herrn Herz, dass sich der Verband in die Verhältnisse der einzelnen  
Betriebe hinsichtlich der Arbeitszeit einmischen sollte. Die Frage der  
Arbeitszeit sei nicht weiter als eine Lohnfrage. Man wolle seitens  
der Arbeiter in neun Stunden einfach das Doppelte verdienen, wie sei-  
her in zehn Stunden. Aus diesem Grunde sei diese Forderung  
eine Lohnfrage und deshalb sei es nicht angängig, dass sich der  
Verband der deutschen Schuh- und Schäftefabrikanten in diese  
Verhältnisse einmische. Man könne absolut keine Schemata schaffen  
für ländliche und städtische Verhältnisse in Bezug auf die Arbeits-  
zeit. Redner weist hinsichtlich eines Zusammengehens mit dem  
Verein deutscher Schuhmacher noch darauf hin, dass unter den Mit-  
gliedern des Verbandes der deutschen Schuh- und Schäftefabrikanten  
allgemein die Meinung vorherrsche, dass man mit Seiten, die fort-  
gesetzt belauerndlich und geschäftig in ihrer Presse gegen die  
Fabrikanten vorgehen, nicht erfolgreich verhandeln könne.  
Herr Herz Mills erklärt, Berlin prädicte der Ansicht des  
Vorstandes hin und beantragt ebenfalls eine Minderung zur  
Resolution Man. Redner weist ebenfalls auf die Belauerungen  
und Geschäften hin, die fortgesetzt gegen die Fabrikanten und  
namentlich gegen den Berliner Verein der Schuhfabrikanten in  
dem Gothaer Organ veröffentlicht werden.

Herr Philipp Herz Mills meint, man müsse über Ver-  
umplungen in der sozialdemokratischen Presse erfahren sein und  
schildert des weiteren die Verhältnisse in England, die keineswegs  
nachdemersucht seien.  
Nachdem ein Antrag auf Schluss der Debatte angenommen  
ist, wird die Resolution Man mit den Minderungsanträgen Herz  
und Schwilke angenommen.  
Auf die Adjunkte des „Vereins deutscher Schuhmacher“ vom  
31. Mai beschließt die Hauptversammlung des Verbandes der  
deutschen Schuh- und Schäftefabrikanten folgendes:  
1. Die Fourniturefrage ist keine Arbeiterfrage, da die Fourni-  
turen mit dem Arbeitslohn nichts zu thun haben. Der Ver-  
gütungslohn für Zusatzen ist dem Lohn für sich entsprechend dem  
Aufwand dafür eigens zuzuschlagen. Wir verweisen auf unsere  
Breslauer Resolution betriebs dieses und haben dieser nichts hin-  
zuzufügen.  
2. Eine Befestigung der Arbeitsarbeit halten wir für un-  
ausführbar und müssen jedem unserer Mitglieder die Freiheit vor-  
behalten, wie bisher im Accord oder Wochenlohn arbeiten zu lassen.  
3. Der Verband muss es ablehnen, mit dem Verein deut-  
scher Schuhmacher über Lohnfragen und damit in Vorhale ge-  
bracht Tarifkommissionen und Schiedsgerichte zu unterhandeln,  
wobei der Verband sich grundsätzlich in die allerorts verschiedenen  
Lohnverhältnisse seiner Mitglieder nicht einmische. Nach wie vor  
wird der Verband das Bestehen gegen, bei Ausbruch von Streik-  
aktionen, wenn nicht, vermittelt einzutreten, um einen friedlichen  
Ausgleich zu ermöglichen. Bei den künftigen Differenzen war  
das nicht angängig, da die dortigen Fabrikanten dem Verband  
nicht angehören.  
4. Des Zusammenhanges wegen haben wir die Resolution, die  
ichon in Nr. 27 d. Bl. enthalten ist, noch einmal hierher ge-  
setzt. Nach dem Berichte des „Schuhmarkt“ handelt die Verhandlungen  
in Straßburg nicht auf vorerwähnte Höhe, welche die Bedeutung  
des Gegenstandes erhöhen, die oberflächlich ist die Auf-  
fassung des Herrn Man, dass die Frage des Neunfundentages  
für die Arbeiter nichts anderes ist, als eine Lohnfrage, dass die  
Idee des Neunfundentages aus England importiert ist, das ein  
von beiden Parteien beherrschtes Schiedsgericht eine „allgemeine  
Streikkommission über den Arbeitszeit“ sei. Im gleichen Atem-  
zuge teilt Herr Man mit, dass unter den Mitgliedern des  
Fabrikantenverbandes allgemein die Meinung vorherrsche, dass man  
mit Seiten, die fortgesetzt belauerndlich und geschäftig in ihrer  
Presse gegen die Fabrikanten vorgehen, nicht erfolgreich verhandeln  
können. Und Herr Schwilke erklärt sich in gleicher Weise.  
Hier also ist der Bundesrat nicht und alles andere, was gegen  
den Vorschlag unseres Vereinsverbandes gesagt wurde, werden müssen  
eigentlich nur Scheingefäch gewesen. Die Herren Mills

aber schon zugeben, dass wir auch diese gegen uns gerichtete  
schwere Anklage als bloße Ausrede taxieren. Die Herren  
mögen doch sagen, wann wir sie verurteilen und gefällig an-  
gegriffen haben? Allerdings, wenn sie in jeder kritischen Bemerkung  
ein „verleumderisches und gefäßiges Vergehen“ erklinden und das  
sich nicht der Fall zu sein, dann müssen wir uns freiwillig schuldig  
bekennen. Aber dann machen sich die Herren mit ihrer über-  
triebenen Empfindsamkeit vor aller Welt nur lächerlich. In unserer  
Zeit ist alles und jedes der Kritik unterworfen und das diese die  
Schuhfabrikanten selbst ihnen, lehnen sowohl ihre Straßburger Ver-  
handlungen als ihre Jahresberichte und ihre sonstigen Einmischungen  
in „Schuhmarkt“. Eine Schuhfabrik ist kein Pensionat für Dand-  
sücht, in das sich kein kritischer Blick verirrt; eine Schuhfabrik steht  
unter den Arbeiteraugen vorchriften der Gewerbeordnung, sie steht  
unter der Kontrolle der Fabrikinspektion und der Polizeibehörden  
und von den in ihr herrschenden Zuständen ist das Wohl und  
Wehe der betreffenden Arbeiter und Arbeiterinnen sowie ihrer  
Familien abhängig. Eine Fabrik, also auch eine Schuhfabrik, ist  
schon längst kein privates Heiligtum eines Kapitalisten mehr, sie  
hat vielmehr, trotz ihrer Privatbesitz, die Charakter einer  
öffentlichen Einrichtung, mit der die vielseitigsten Interessen ver-  
knüpft sind. Darüber darf und soll öffentlich gesprochen  
und Kritik geübt werden.  
Und wenn man nun bedenkt, wie schlimm es noch in so vielen  
Schuhfabriken aussieht, wie schlecht im allgemeinen die Arbeits-  
löhne sind, das noch immer der große Unfug des Fournituren-  
wesens besteht, das vielfach die Arbeiter und Arbeiterinnen in un-  
würdiger Weise behandelt werden — wahrhaftig, wir würden  
uns auf unserem Posten der fruchtlichen Pflichterfüllung schuldig  
machen, wollten wir darüber schweigen oder die oft von der tiefsten  
Empörung über bestehende Missstände diktierten Einmischungen  
unserer Kollegen zurückweisen. Haben die Herren bei ihrer gegen  
uns gerichteten Anklage dieses im Auge gehabt? Und da  
besteht die Apakasse, das den Herren gegenwärtig, etwaige Unrichtig-  
keiten noch immer der Raum unseres Blattes zu Berichtigungen  
zur Verfügung steht.

Wenn die Schuh- und Schäftefabrikanten nach Schmeichelein  
und Lobsubelnien dürsten, so sollten sie sich doch mit den zufriedenen  
geben, was hierin das ganze Jahr hindurch die Fabrikantenblätter  
und kapitalistischen Volksblätter lehren. Wir haben dazu keine  
Veranlassung und wir würden dazu auch nicht den Beruf in uns.  
Uebrigens fränkt ja auch der höhstkalpbahne „Bedarbeiter“,  
das Organ der Hiesig-Bundesischen Gewerbetreier, die Herren  
das ganze Jahr hindurch nicht und die Gewerbetreier in den  
Schuhfabriken erheben deswegen doch nicht einen Lohn, keine längere  
Arbeitszeit und keine unentgeltlichen Fournituren, und der  
Fabrikantenverband ist darum doch nicht mit dem Gewerbetreier  
der Schuhmacher und Bedarbeiter in eine Tarifgemeinschaft ein-  
getreten, so wenig wie mit dem Verein deutscher Schuhmacher.  
Werkten an diesen Darlegungen die Herren Man und Schwilke  
wie wenig und hinsichtlich ihre Straßburger Reden sind?  
Diese Reden waren und sind nicht anders als die schlechte  
Maskierung der selbstherrlichen Auffassung, wir wollen  
nicht, für die ihr „Schuhmarkt“ das getreue Echo bildet. Das  
Rein, die absolute Negation gegenüber den Arbeitern ist ihr  
höchster Grundhalt. Hier liegt auch die Schuld, das nicht selten  
wegen den leibhaftig Ihnen gestreift werden muss, wobei die  
Leiderfertigkeit und Frivolität, was sich Herrn Man m e r t e n  
m a g, nicht auf Seite der Arbeiter, sondern auf Seite der Fabrik-  
anten besteht.

Die Straßburger Verhandlungen der Schuh- und Schäfte-  
fabrikanten haben neuerdings bewiesen, dass diese auf sozialem  
Gebiete zu den rückständigsten und verhältnisslosen Kapitalisten  
gehören, und dass die Arbeiter nach wie vor um die Erfüllung des  
billigsten Wunsches die schwersten Kämpfe führen müssen.  
Zum Schlusse: Wenn Herr Man im Hinblick auf den Zeit-  
lohn von englischen Import redete, so hätte er doch nicht ver-  
gessen sollen, dass die ganze Schuhfabrikation mit ihren Maschinen,  
Werkzeugen, mit ihrer Arbeitsleistung z. c. ein aus England und  
Amerika importiertes Gewächs ist. Aber jedes importierte fremde  
Gewächs ist recht und gut, wenn es den Unternehmern einseitig  
von Vorteil und Nutzen ist; es ist jedoch schlecht, wenn es auch  
für die Arbeiter einen Fortschritt bringt. Und darum kein Zeit-  
lohn, darum kein Schiedsgericht und darum auch keine Tarif-  
gemeinschaft!

Wir wollen nicht!  
Ein Artikel, „Die Tarifgemeinschaft und der Schuhmarkt“,  
erscheint in nächster Nummer.

**Zus unserm Beruf.**

— Ein. Unser Zustand ist, nachdem die Zahl der Streikenden  
auf 6 gekunten ist, als beendet zu betrachten, wenigleich 3 Ge-  
schäfte unsere Forderungen noch nicht bewilligt haben, denn es  
ist diesen gelungen, eine Anzahl Streikbrecher, darunter 8 aus Wien,  
heranzuziehen und somit die notwendigen Arbeit fertig zu stellen.  
Der Erfolg unseres Kampfes ist demnach fast vollkündig, aber  
in Anbetracht der verschiedenen Umständen doch als befriedigend zu  
bezeichnen. Wir haben in der 2. und 3. Klasse einen Aufschlag  
von 50 Pf. auf das Paar geordert und erreicht, in der 1. Klasse  
werden von den Geschäften, die nicht bewilligt haben, 50 Pf.  
mehr bezahlt, die anderen haben 75 Pf. und 1 Pf. bewilligt. Um  
die Differenzen innerhalb der 1. Klasse auszugleichen, wollen wir  
den Mittelteil im neuen Tarif festlegen und bei geeigneter Ge-  
legenheit die drei Geschäfte nachholen. Es ist darum Pflicht eines  
jeden Kollegen, treu zur Organisation zu halten und stets neue  
Mitglieder für dieselbe zu werden, damit wir, wenn die Zeit kommt,  
gerüstet dastehen. Denn die Notwendigkeit der Organisation hat  
den Streik geleitet und den Nutzen derselben sehen wir am  
besten, wenn wir die Löhne vor drei Jahren mit den heute hier  
gezahlten vergleichen. Die Verbesserung unserer Lage ist erreicht  
durch den Verein deutscher Schuhmacher und es ist ein Gebot der  
Selbsthaltung, demselben treu zu bleiben. Wir bitten, den Zugang  
noch fernzuhalten!

— Ueber die Dauer der täglichen Arbeitszeit in 33 Schuh-  
fabriken, die natürlich nur einen Teil sämtlicher Schuhfabriken dar-  
stellen, hat Herr Man auf der Generalversammlung des Fabrikanten-  
verbandes in Straßburg folgende Mitteilungen gemacht: In 5 Be-  
trieben wird 9, 2 je 9 1/2, 4 je 9 1/2, 6 je 9 1/2, 11 je 10, 14 je  
10 1/2, und 11 je 10 1/2 Stunden gearbeitet; die Mehrzahl der 83 Be-  
triebe arbeitet demgemä 10 Stunden täglich, 33 darüber bis 10 1/2,  
und 17 unter 10 Stunden. Bei gutem Willen ließe sich der Neun-  
fundentag, der allerdings keine zeitliche und kulturelle Notwendigkeit  
für die Fabrikanten ist, leicht einführen. Höchlich ist die Bemerkung,  
die „Schuh und Leder“ daran knüpft: „Nächst ist die tägliche  
Arbeitszeit in den meisten Fabriken eingeführt worden.“ Bewiß,  
jogar in allen, lieber „Schuh und Leder“.  
— Schuhmacher aus Amerika werden importiert. So  
jeden die meisten Schuhfabrikanten die Einfuhr von amerikanischen  
Schuhwaren mit schmerzlichen Augen ansehen — was wir ihnen, nebenbei  
gesagt, nicht bezagen wollen. So scheint sie hoch zu bedach-  
tlichen, amerikanischen Schuhmacher kommen zu lassen und dadurch  
den deutschen Schuhmachern Konkurrenz zu machen. Herr Dor-  
dorff in Weimar hat den Kollegen Franz Stoll in Bracon als  
fortgeschritten engagiert und soll derselbe einige Jahre in der Dor-  
dorffschen Fabrik bleiben. Wir begrüßen den Kollegen Stoll — er,  
der Amerikaner, kann auch guten Einfluss auf die Verbesserung  
der Lohn- und Arbeitsverhältnisse in deutschen Schuhfabriken  
ausüben.

— Nach dem jüngst erschienenen wirtlichen Bericht der  
Frankfurter Handelskammer war der Geschäftsgang der dortigen  
Schuhindustrie im verfloßenen Jahre recht lebhaft und konnte die  
Nachfrage, namentlich in den Sommermonaten, oft nicht rasch

genug befriedigt werden. Das Exportgeschäft nach überseeischen  
Ländern habe trotz aller Anstrengungen nicht befriedigt werden  
können, was in der Hauptsache auf die amerikanische Konkurrenz  
in Australien zurückzuführen ist. Die gleichweilig agitatorische  
Thätigkeit der kommerziell durchgedrungenen amerikanischen Konfili  
schadet unserem Export erheblich, und es wäre wünschenswert, dass  
die deutschen Berufsverbände im Auslande unserer Branche ähnlich  
in die Hände arbeiten könnten. Die Wirkung der seitherigen  
Handelsverträge mit Oesterreich-Ungarn, Italien, Belgien und der  
Schweiz war wie bisher unser Brande schädlich. Die Arbeiter-  
verhältnisse geben zu besonderen Bemerkungen keinen Anlaß. In  
Parallele mit den steigenden Miet- und Lebensverhältnissen haben  
sich die Löhne durchweg erhöht.

— Erneuerung der Betriebsmittel. Die Deutsch-Ameri-  
kanische Schuhfabrik, G. m. b. H. in Berlin hat ihr Stammkapital  
von 200000 auf 300000 M. erhöht.

— 12 Unfälle wurden in der Zeit vom 28. Mai bis 2. Juni  
aus deutschen Schuh- und Schäftefabriken angezeigt.

— Ueber den Geschäftsgang der Schuhfabrikation im ver-  
floßenen Jahre wird in dem Bericht der Frankfurter Handels-  
kammer (offenbar von Herrn Man) ausgeführt, dass derselbe ein  
recht lebhaft war. Der Konsum in fabrikmäßig hergestellten  
Schuhwaren hat seit einigen Jahren enorm zugenommen und ist  
noch im Steigen begriffen, günstig beeinflusst durch die Mode in  
eleganter, insbesondere auch farbiger Schuhwerk. Die Produktion  
folgte nach der gesteigerten Nachfrage, so daß die und da die Lage  
an eine Ueberproduktion schon wieder hervorritt. Eine ganze  
Reihe von Zusammenbrüchen, hauptsächlich in der Schuhfabri-  
kation, im Laufe des Jahres ist zu verzeichnen, welche fast sämtlich  
auf zu schwache Finanzierung und Mißwirtschaft zurückzuführen  
sind. Hand in Hand mit dem Aufstake der Absatzpreise geht die  
Aufwärtsbewegung fast sämtlicher Beabsatze der Schuhbranche,  
so daß die zwingende Notwendigkeit eintritt, die Schuhpreise eben-  
falls wesentlich zu erhöhen. Dies begegnete anfänglich dem bestiglichen  
Widerstand seitens der Kaufkraft und erst nach längerer Zeit  
und infolge einer lebhaften Propaganda gelang es, diesen einigermäßen  
zu überwinden. Für das Frühjahr 1900 sind die Kaufkraft reichlich  
eingelaufen.

— Erörterter Mechanische Schuhfabrik, Allen-Gesellschaft,  
Abergschleben. Letzter. Nach dem ersten Abschluß des  
31. Dezember 1899 dieses erst im Februar d. J. mit 1,20 Millionen  
Mark Grundkapital aus der Berliner Schuhfabrik, vormals  
G. Markus u. Co., G. m. b. H., hervorgegangenen Unternehmens,  
das unter anderem auch in Frankfurt a. M. eine Filiale unter-  
hält, beträgt der Reingewinn nach nur 9019 M. Abstreifungen  
4483 M., wovon 241 M. der Reserve überliefern und noch  
3/4 Prozent Dividende verteilt werden.

— Der vierte ungarländische Schuh- und Gummi-  
macherkongress wird vom 8. bis 10. September 1. N. in Budapest  
tagen. Auf der Tagesordnung stehen: 1. Bericht des Zentral-  
Organisationskomitees und der Delegierten, 2. Generalistische  
Organisation und Agitation, 3. Forderung der Modifikation  
des 1884er Gewerbegesetzes, 4. Das Streikrecht, 5. Fradpreise  
und Fachliteratur, 6. Die Aufgaben der Produktiv- und Material-  
beschaffungs-genossenschaften, 7. Anträge und Anfragen. Alle den  
Kongress betreffenden Adjunkte und Anfragen sind an den Ge-  
nossenen Johann Czikora, Redakteur des „Gipsals“, Budapest VIII,  
Biqutca 30, 1. Stod, Thar 10, zu richten.

## Die Berliner Schuhindustrie im Jahre 1899.

In dem soeben erschienenen zweiten Teil des Berichtes über  
Handel und Industrie von Berlin im Jahre 1899, erstattet von  
den Vertretern der Kaufmannschaft von Berlin (im fünftünlich langer  
Titel) findet sich auch eine längere Darstellung der Geschäftslage  
der Berliner Schuhindustrie. Nach derselben war 1899 für die  
Schuhfabrikation im großen und ganzen ein nicht unangenes  
Jahr, „obgleich als großer Uebelsand wieder die Unbilligkeit  
der Mode empfunden wurde; denn nachdem in dem Vorjahre die  
Haupt-Sommerartikel farbige Halbchuhe gewesen sind, änderte sich  
der Geschmack des Publikums dahin, daß in diesem Jahre hohe  
Schuh- und Knopfschuh bevorzugt wurden; der Nachfrage herein  
konnte seitens der Fabrikanten nicht im antwortend genügt werden.  
Im allgemeinen wird aber Berlin für Massenfabrikation von Schuh-  
waren mit maximalem Gewinn in Betracht gezogen, der teuren Fabrikanten  
und der höheren Löhne gegenüber der Provinz von Jahr zu Jahr  
ein ungezügelter Preis. Die Herstellung von Schuhwaren aller  
Art geht zurück; eine Ausnahme machen Ball- und Filzschuhe, die  
womöglich von Accordarbeitern im Hause angefertigt werden.“

Das war wieder ein Besimist, der diesen Bericht geschrieben  
kamte man doch das verfloßenen Jahr hindurch in den Berichten  
über die Geschäftslage der Berliner Schuhindustrie fast immer lesen,  
dass dieselbe eine gute sei, dass die Fabriken genügende Aufträge  
haben, das Geschäft also blüht. Zweierten Differenzen würden  
den Lohn- und Arbeitsverhältnissen von Berlin und der Provinz  
bestehen, bedürfte in Bezug auf erstere noch genauer Erhebungen,  
um Vergleiche ziehen zu können. In Bezug auf die Arbeitszeit  
weist man, daß in Berlin die neu- und in der Provinz gewöhnlich  
die zehnständige, sie und da wohl auch die elfständige besteht.  
Nach allen Erfahrungen aber, die mit langer und kurzer Arbeits-  
zeit gemacht wurden, können wir gar nicht zugeben, dass Berlin  
mit dem Neunfundentag gegenüber der Provinz mit ihrer längeren  
Arbeitszeit im Nachteil wäre. Ist es ja gerade ein Berliner  
Fabrikant, der Jalouesfabrikanten Preise gesetzt, der durch jahre-  
lange Erprobung und Beobachtung dazu gekommen ist, dem Acht-  
fundentag vor dem Neunfundentag und sogar vor der vierzeh-  
nstündigen Arbeitszeit den Vorzug zu geben.

Ferner ist dem Berichte zu entnehmen, daß infolge der günstigen  
Blitterung auch nach Pfingsten zahlreiche Ordes eingingen, so daß  
die Fabrikanten auch mit der Nachsaison zufrieden sein konnten.  
Das gute Verhältnis zwischen Arbeitern und Unternehmern wurde,  
abgesehen von unbedeutenden Ausnahmen, nicht gestört.

Im Herbstgeschäft machten sich die Preissteigerungen aller zur  
Schuhfabrikation erforderlichen Materialien sehr unliebsam bemerkbar.  
Wenn auch von weitem Breitsprud abgehoben wurde, so war es  
doch schwer, für die Herbstaufträge höhere Anforderungen zu erlangen.  
Der größte Teil der Ordes per Frühjahr 1900 war schon vor der  
angehenden Aufwärtsbewegung der Preise untergebracht, so daß  
die Schuhfabrikanten, die sich nicht rechtzeitig mit geeigneten Ersatz-  
stoffen in Vorrat gehalten haben, einer recht unangenehen Situation  
entgegen gehen. Doch wie wohl auf die häufigen Vorkurendungen?  
So sollen also die Arbeiter durch Schmälerung ihres ohnehin ge-  
ringen Arbeitslohnes die Differenzen zwischen der Ueberpreisfertigung  
und den Schuppelpreisen tragen und so, wie schon Vassallo sagt,  
ihren Hunden hergeben als den Kriegsplan für die kapitalistische  
Konkurrenz.

Die Filzschuhfabrikation hat endlich nach jahre-  
langen Warten ein günstiges Jahr erlebt. Die Wäger sind gänzlich  
geräumt und es konnte besonders in der letzten Woche nur Weh-  
machen den Anforderungen der Großisten und Detailisten nicht  
genügt werden. Infolge des stotren Geschäftsganges wurden auch  
keine Preisänderungen gern bewilligt.

Die Ballschuhfabrikation, die weniger von der  
Blitterung abhängig ist und die sowohl in ihrer Ausbeutung wie  
auch in der Verbesserung der Fabrikation weitere Fortschritte macht,  
kann gleichfalls mit dem Berichtsjahre zufrieden sein. Besonders  
weiße Schuhe wurden stark gefragt, so daß eine Zeit lang Knappheit  
in diesem Artikel eintrat.

Der Großhandel in Schuhwaren befriedigte  
zu jensidlich. Das Detailgeschäft fiel zur allgemeinen Zufriedenheit  
aus. Das Exportgeschäft hielt sich dagegen im beschränkten Grenzen;  
zum Ausgleich hierfür kann jedoch konstatiert werden, daß auch der

Import von Schuwaren immer mehr zurückgeht und im Verhältnis zu unsern einheimischen Konsum keine nennenswerte Rolle mehr spielt.

Für diejenigen Fabriken, welche ihre Ware in eigenen Verkaufsstellen absetzen, macht sich bei dem Gehalt außerhalb Preußens die Ungleichheit der gesetzlichen Grundlage für die kommunale Besteuerung sehr fühlbar. Beispielsweise legen die Behörden im Königreich Sachsen jede handelsgerichtlich eingetragene dauernde Niederlassung für das erste Kalenderjahr ihres Bestehens als ein Wanderlager an und belassen dieselbe mit einem Wanderlagersteuer. Im Königreich Bayern erschwert die neue Umlagesteuer bis zu drei Prozent des Bruttolohnes, welche auf alle größeren Geschäfte, gleichviel, ob solche nur einen Artikel führen oder sogenannte Warenhäuser sind, angebracht wird, den Absatz in hohem Maße. Außerdem gewährt die heutige Gesetzgebung in den meisten Staaten keinen Schutz gegen Doppelbesteuerung, trotzdem die Bemessung derselben im Prinzip allseitig anerkannt wird. Es bleibt die Regelung dieser Angelegenheit durch ein Reichsgesetz sehr wünschenswert.

Die heutige Wirtschaftsbildung hat also auch für Unternehmer sehr unangenehme und empfindliche, Schönheitsfehler, indem sie ja auf ihre Interessen und Bedürfnisse, d. h. auf ihren Vorteil und Nutzen besonders zurückzuführen ist. Symmetrisch für die Arbeiter noch viel empfindlicheren Schönheitsfehler vorhanden, die sie dann auch voranlassen, auf Mittel und Wege zu finden, die sie hinausführen aus dieser Welt des Kampfes aller gegen alle in eine bessere Welt mit vollkommenerer Organisation und ohne diese „Schönheitsfehler“.

## Bericht des Vorstandes für die Jahre 1898/99.

(Schluß.)

### Ergebnisse bei Streiks.

Die bei den verschiedenen Konflikten gemachten Erfahrungen sind so vielfältig, daß es unmöglich ist, ausführlich darüber zu berichten, es mag daher nur einiges erwähnt sein.

#### Die Fabrikanten

Hellen sich fast ausnahmslos auf den Standpunkt des oft ziemlich bedächtigen „Herr im eigenen Hause“, der Fabrikant hat zu beschließen und zu handeln, der Arbeiter bedingungslos zu gehorchen! Diese unglückselige, nur zu oft mit Willkür gepaarte Manie der einzelnen Unternehmer ist in den meisten Fällen Schuld an den Konflikten, deren vielfeltiger Schaden in gar keinem Verhältnis zu der eigentlichen Ursache steht.

Deshalb kommt es auch in vielen Fällen vor, daß die Fabrikanten, anstatt die von ihrer Kollegenpartei geschickten Arbeiter anzupöbeln, sie einfach maßregeln und gerade dadurch die Arbeiter zum Meckeln treiben. Dem gegenüber daß sich der Vorstand immer die größte Mühe, um einestheils die Kollegen von voreiligen Schritten abzuhalten, andererseits, um wenn irgend möglich eine Verständigung der Parteien anzubahnen und zu vermitteln. Die obigen Erfahrungen wurden aber nicht nur gegenüber den Fabrikanten gemacht, auch die nennenden Präorgani- sationen ge- lichen sich in denselben Praktiken, beschlossen das die Meister in Herzberg a. G. welche sogenannte Dienstleistungsarbeit machen, gelegentlich einer bittigen Lohnbewegung, sämtliche organisierten Kollegen auszusperren. Zum bleibenden Denkmal sei dieser Unfug hier wörtlich niedergelegt.

Die gewerbetreibenden Schuhmacher beschlossen in der heutigen öffentlichen Versammlung, die Arbeiter, welche jetzt streiken, öffentlich durch Bekanntmachung aufzufordern, bis zum nächsten Montag die Arbeit wieder aufzunehmen.

Der Lohnsatz beträgt für gewöhnliche Stiefel 1,50 M., für Lederstiefel 1,55 M., bis 1,60 M.  
Sollten die Arbeiter dennoch auf ihre Arbeitslosenunterstützung bestehen, bekommen diejenigen, welche dem Schuhverein noch weiter angehören, von den gewerbetreibenden Schuhmachern bis 1. April 1900 keine Arbeit.

Stellt ein gewerbetreibender Schuhmacher einen Arbeiter ein, welcher dem Schuhverein angehört, so hat der gewerbetreibende Schuhmacher 10 M., höchstens jedoch 20 M., Konventionalstrafe zu zahlen, wovon fünf Mark den gewerbetreibenden Schuhmachern überlassen werden und die übrigen fünf Mark zur bisogna Armeelasse fließen. Sollte ein gewerbetreibender Schuhmacher durch Unwissenheit einen solchen Arbeiter, welcher dem Schuhverein angehört, einstellen, so wird erstere von dem Vorstande aufgefordert, den Arbeiter sofort zu entlassen.

Erfolgt die Entlassung nicht, so hat der gewerbetreibende Schuhmacher die vorbestimmten zehn Mark Strafe ebenfalls zu zahlen. Herzberg (Elster), 24. Oktober 1899.

Die gewerbetreibenden Schuhmacher. Es sei dem noch beigefügt, daß die von diesen gewerbetreibenden Schuhmachern bezahlte Löhne dazwischen liegen, daß sogar der Bürgermeister für die Arbeiter Partei nahm.

#### Vermittlungen.

Entsprechend den Intentionen der Generalversammlung in Mainz, wie den Bestimmungen des Streitregrammes, war in fast allen Fällen, in denen rechtzeitig Mitteilung gemacht wurde, der Vorstand bemüht, durch persönliches Eingreifen eine Verständigung der Parteien anzubahnen, ehe es zum Streik kam. Auch die Agitations- Kommissionen waren im Auftrage des Vorstandes in dieser Beziehung vielfach thätig und es kann konstatiert werden, daß dadurch wesentliche Erfolge erzielt, manche Streik herbeigeführt werden konnte. Aus den in den Tabellen unter „Differenzen“ angeführten Fällen, hätten, ohne das vermittelnde Eingreifen, die meisten zu Streiks geführt.

Diese Vermittlerrolle ist eine der wichtigsten Aufgaben des Vorstandes jeder Organisation. Denn bei ausbrechenden Differenzen geraten die Beteiligten gewöhnlich in der unglücklichsten Weise aneinander. „Wenn es so nicht geht, kann gehen oder ist entlassen“, sagt der Fabrikant in bekannter Manier, „das dürfen wir uns unter keinen Bedingungen gefallen lassen, sonst beträgt man uns noch als Rußland“, heißt es bei den Kollegen und nicht selten würde am liebsten auf der Stelle die Arbeit niedergelegt. Die leicht begriffliche Situation ist nun auf einmal eine solche, wo ein „Rußland“ beiden Teilen als unmöglich und entehrend erscheint, und ein Kampf ist unvermeidlich wenn nicht noch rechtzeitig vermittelnd eingegriffen wird.

Nun gibt es ja allerdings Fabrikanten genug, die sich durch einen Dritten nicht dreinreden lassen wollen, bis sie durch den Schaden eines langwierigen Streiks eines andern belehrt werden. So erklärte ein Fabrikant in Schlesien, der bei einem wochenlangen Streit als Vermittlungsbefehlungen abgewiesen hätte, als endlich der Vertreter des Vorstandes, ein Mitglied der Agitationskommission, Gelegenheits bekam, mit ihm zu reden: „Ja, wenn ich es gewußt hätte, daß ich mit dem Vertreter der Organisation in der Weise reden läßt, so gäbe ich zu, daß der Streik nicht hätte gefunden hätte!“  
Andere durch Schaden bereits klug gewordenen Fabrikanten haben selbst den Wunsch geäußert, mit dem Vorstand zu unterhandeln.  
Würde der Friede durch die Verhandlungen wiederhergestellt, so kam es selbstverständlich auch vor, daß der Vergleich den Wünschen der beteiligten Kollegen nicht entsprach, es machte sich da in mehreren Fällen eine recht heftige Opposition gegen den Vorstand, der entschieden von einem Streik abgeraten oder die Genehmigung nicht erteilt, geltend.

#### Streik-Reglement.

Die Generalversammlung in Mainz hatte alle Ursache, angefaßt von unaufheblichen Konflikten eine gewisse Regelung in der Bewegung zu bringen, um den Kollegen aber den Erfolg zu sichern und die Organisation vor unnötigen Schäden zu behüten. Das aus diesem Grunde beschlossene Streikreglement dient dem Vor-

stand in allen Fällen zur Grundlage seiner Zielsetzung, ohne jedoch eine Schroffe Handhabung der Bestimmungen zu zur Durchführung zu bringen.

Letzteres sei ausdrücklich festgestellt gegenüber den lausgeworbenen Klagen über die „bureaukratische“ Handhabung des Streikreglementes, welches des Vorstandes. Außerhalb muß hervorgehoben werden, daß vielfach bei den Kollegen das Streikreglement als einfach nicht vorhanden betrachtet wird und dem Vorstand erst dann Mitteilung gemacht wurde, wenn der Konflikt bereits eine vollendet hat. Da die Führung bereits eingeleitet war, ist die Arbeit schon niedergelegt war.

Besonders in Fällen der Abwehr ist man fast immer der Meinung, daß es einer Genehmigung des Vorstandes überhaupt nicht bedarf, so daß man in einzelnen Fällen sogar erst dann für angebracht fand, einen noch dazu gänzlich unklaren Bericht an den Vorstand zu senden, als man Geld zur Auszahlung der Unterstützung brauchte.

Dt wird in gänztlicher Verkenntung der Verhältnisse des in Betracht kommenden Betriebes, ohne jede Kenntnis und Berücksichtigung der Außenlage in die Bewegung getreten; die Kollegen nehmen einfach an, weil ihre Forderungen gerecht und berechtigt sind, könne es zu keinem ernstlichen Konflikt, wenn ja, im höchsten Maße auf einige Tage kommen. Es wird in der Regel vergessen, daß unter den heutigen Verhältnissen bei der systematischen Schaff-macherei von beider Seite, wenn einmal der Streik droht, nicht nur die Arbeiter, sondern auch der Arbeitgeber, der die Organisation ist, dieser auch fast in den meisten Fällen zur Aufgabe bezogen von den Unternehmern dazu gestellt wird. Ist es einmal soweit, so ist auch eine Verständigung sehr schwer zu erreichen.

Als Gegenmaß mag aber auch hervorgehoben werden, daß in einer Anzahl Mitgliedschaften die Kollegen durch unrichtiges Vorgehen, indem sie sich nicht durch vorzeitiges Kündigen oder Niederlegen der Arbeit jeden Weg zum eint. Kürtzig abschneiden, ganz wesentliche Vorteile erzielt haben.

Mit Vorbehaltung soll fahrscheinlich nicht gesagt sein, daß nicht auch in manchen Fällen ein schnelles, gemäßigtes richtungsloses Vorgehen notwendig ist. In diesem Falle müssen die beteiligten Kollegen die Situation aber vollständig beherrschen, schon längere Zeit und gut organisiert sein.

Mit jenen Bestimmungen des Streikreglementes, welche die Unterstützungsfrage regeln, konnten sich die beteiligten Kollegen sehr wenig befremden. Der Vorstand sollte nicht nur jede geplante Bewegung ohne alles weitere genehmigen, auch die Unterstüßung sollte ohne jede Rücksicht auf die Dauer der Mitgliedschaft unter allen Umständen vom ersten Tage ab und auch an Nicht-mitglieder gewährt werden.

Wir stellen letzteres fest, ohne an dieser Stelle näher darauf einzugehen, nur das eine mag gesagt sein, daß, entgegen den Bestrebungen diese in Betracht kommenden Bestimmungen gänzlich zu befechtigen, es entschieden notwendig ist, dieselbe aufrecht zu erhalten, wenn nicht die ganze Bewegung in eine allgemeine Wanklage mit ihren schädlichen Folgen für die Organisation und die Mitglieder zurückfallen soll.

Die Ausübung von Mitteln für den Streikfonds war dagegen wenig befriedigend — siehe die Quartalsabrechnungen — ebenso fanden die neueingeführten Streitarten mit dem System der proportionalen Beitragserhebung für den Streikfonds wenig Anklang und kam nur in einzelnen Orten zur teilweisen Durchführung.

Die Berichterstattung vor und während der Ausstände war zum großen Teil sehr mangelhaft, bei den Schlussberichten ist seit Ausgabe der Bericht- und Abrechnungsformulare eine Besserung eingetreten, jedoch bleibt das noch viel zu wünschen übrig, besonders erfolgt die Einbringung oft erst auf mehrmalige Mahnung.

Da das Protokoll der Generalversammlung sich jetzt in den Händen der Mitglieder befindet, beenden wir hiermit den Abrud- des Geschäftsberichts.

## Zur Einführung der Arbeitslosenunterstützung im deutschen Metallarbeiter-Verband

Schreibt die „Metallarbeiter-Zeitung“: „In einem wichtigen Abchnitt seiner Entwicklung ist der deutsche Metallarbeiter-Verband mit dem 1. Juli d. J. eingetreten: Die von der vorhergehenden Generalversammlung in Halle a. S. beschlossene Einführung der Arbeitslosenunterstützung ist in Vollzug gesetzt. Es hat harte Kämpfe in unsern Reihen geherrscht, ehe sich ein Meißel fand, diesen Schritt zu wagen. Der Bekämpfer Schaar konnte erst mit der Zeit zerbröckeln werden. Auch jetzt noch — daran ist nicht zu zweifeln! — haben der Sache eine Anzahl Mitglieder sehr heftig gegenüber. Aber auch sie, besten sind wir sicher, werden sich noch mit der Arbeitslosenunterstützung befremden.“

Zwei Einwände, die gegen die Arbeitslosenunterstützung ins Feld geführt wurden, bürtten für unsern Verband wohl schon heute glänzend widerlegt sein. Letzters der Einwand, daß mit der notwendigen Erhöhung des Beitrages die Mitgliedschaft zurückgehen werde. Wie die Jahresabrechnung pro 1898 zeigt, hat jedoch der Verband im verflochtenen Jahre trotz der Erhöhung des Beitrages um wöchentlich 10 Pf. rund 10.000 Mitglieder zugewonnen.

Der zweite Einwand kann wohl ebenso als widerlegt gelten: Daß durch die Arbeitslosenunterstützung der Kampfcharakter des Verbandes verloren geht. Gewiss kann man aus den Vorgängen des Jahres noch keine endgültigen Schlüsse ziehen. Allein als symptomatisch möchten wir es doch bezeichnen, daß im selben Jahre, in dem die Generalversammlung in Halle den gewiss folgenschweren Beschluß faßte, der Verband die relativ und absolut höchste Summe für den wirtschaftlichen Kampf, für Streiks aus- gegeben hat! Und auch in diesem Jahre befinden sich unsere Kollegen an den verschiedensten Orten im „frischen fröhlichen Kampf“ um eine bessere Existenz.

Je doch, wir bestehen uns nicht, daß die Durchführung und weitere Ausübung der Arbeitslosenunterstützung noch viele Mühe und Arbeit verursachen wird. Die unablässige Hingabe und treueste Pflichterfüllung aller Ausführungsorgane wie der Mitglieder ist erforderlich, damit sich die Einrichtung bald einleibt. Ohne Mühe kein Preis! Gewissen alle Kräfte harmonisch zusammen, dann wird die Arbeitslosenunterstützung die günstigsten Resultate für unsere Organisation zeitigen, dessen sind wir gewiss.  
Inbesondere wünschen und hoffen wir, daß wenn unser Organisation im nächsten Jahre das freit. Heftigsten be- zehens feler, wir über eine Mitgliederzahl von mindestens 100.000 werden Herrschaft halten können.

Dazu sind auf!

## Soziale Rundschau.

Die allgemeine Geschäftslage steht im Zeichen des Niederganges, woran in Deutschland der Rückgang der Bautätigkeit in verschiedenen Städten, jedoch im Hinblick auf die Vorgänge auf dem Weltmarkt die Geschäftssituation in Amerika und auch die sehr ersten Wirtren in China schuld sind. Von den einzelnen Industriezweigen ist z. B. der Steinbruchbau noch vollst. beschäftigt, während die Eisen- und Maschinenindustrie, Industrie der Steine und Erden, Baugewerbe, Zementindustrie z. bereits ein Nachlassen der Geschäftsaufträge zu verzeichnen haben. Soweit der Zustand der „Arbeitsmarkt“ auch über die Schu b i n d u r i e Mitteilungen macht, zeigt sich, daß im Mai 1900 auf dem städtischen Arbeitsmarkt in Stuttgart auf 100 offene Stellen für Schuhmacher 89,90 Arbeitslose kamen gegen nur 63,88 im Mai 1899. Das Verhältnis von Angebot und Nachfrage war demnach auch im letzten Mai noch sehr günstig, aber immerhin gegen das Vorjahr

etwas verschlechtert. An den Wörtern hören seit Wochen die Kurse und zwar zum Teil ganz bedeutend. Dieselben waren aber auch von der Spekulation herant in die Höhe getrieben worden, daß ein Rückschlag eintreten mußte. Die Arbeiter haben daher auch nicht den mindesten Grund, mit den Spekulant, die da verloren, etwa Mitleid zu haben. Im Gegenteil, denn je höher der Börsen- kurs der Anleihepapier, desto größer die Ausbeute der Arbeiter, um recht viel Gewinn und hohe Dividenden zu erzielen.

Eine Tarifverhandlung haben die Schwaizer Handbuch- macher nach ihrem Streit mit ihren Unternehmern abgeschlossen. Dieselbe reichte bis zum 1. April 1900 und sind Lohnsätze und höhere Lohnforderungen bis dahin ausgefallen. Ueber neue Muster werden die Tariffrage beiderseitig vereinbart. Bezüglich der Höhe der Tarifsätze ist den Forderungen der Arbeiter statt- gegeben worden.

Fabrikarbeit und Heimarbeit. Die vom Reichstag erledigte neue Gewerbeverfassung bestimmt in ihrem § 137 a, daß Arbeiterinnen, die neben ihrer Beschäftigung in der Fabrik oder Werkstatt vom Unternehmer zu Hause beschäftigt werden, nur sozial Arbeit mit nach Hause gegeben werden darf, daß die Arbeit im Einschluß der Fabrikarbeit im ganzen die Zeit von 11 Stunden des Tages nicht übersteigt. Diese Bestimmung ist Kaufkraft und bedeutet ein schliches Eindeutige gegenseitigen Dilettantismus. In der Schweiz erklären die kantonalen Arbeiterkongresse, von denen dasjenige des Kantons Zürich den Reinhardtstag, für den Sonntagabend den Reinstunden tag normiert, klipp und klar die Mit- gabe von Arbeit nach Hause als unzulässig, wodurch reiner Tarif gemacht ist. Wir möchten aber nun trotzdem unsere Kollegen und Kolleginnen auf erwachte Bestimmung aufmerksam machen und sie im übrigen ermahnen, darauf hinzuwirken, daß der Umfang der Heimarbeit nach geleiteter Fabrikarbeit vollständig besetzt werde, da dadurch jede Bestimmung über den Verlauf der täglichen Arbeitszeit über den Hausen getroffen wird. Darum fort mit diesem Unfug!

Aus dem Gewerkschaftsleben. Der deutsche Metall- arbeiterverband zählte Ende 1899 85.013 Mitglieder, womit er die stärkste gewerkschaftliche Organisation in Deutschland und beinahe so stark ist, wie der englische Maschinenbauverband. Die Ein- nahmen betragen 1.288.046 M., die Ausgaben 908.000 M., so daß ein Kassabestand von 380.148 M. verbleibt gegen 272.638 M. im 1898. Der größte Ausgabeposten ist die Streikunterstützung mit 408.945 M., jedoch Leistung an die Verwaltungsstellen mit 215.941 M., 72.694 M. für die „Deutsche Metallarbeiter-Zg.“, 33.838 M. Heimeinrichtung. — Die Brauer, welche jüngst in Dresden ihren Verbandstag abhielten, haben an 121 Orten 10.000 Mitglieder. Sie hatten in den letzten zwei Jahren 110.821 M. Unterstüßungs- sowie Strausgaben und am 31. März d. J. einen Kassabestand von 10.843 M. Der Monatsbeitrag der Brauer beträgt 1 M. Die Textilarbeiter haben in der Un- abstimmung mit 15.000 gegen 8.000 Stimmen die Erhöhung des Wochenbeitrages von 10 auf 20 Pf. angenommen, die Hälfte der Mitglieder entfiel bei der Abstimmung.

Die Zwölfstundentag an Stelle der kürzlich eingeführten Achtstundentag wollte ein Streiker der Grube Lohob (Königsbau bei Hirscheloh) weiter durchsetzen, weshalb die Belegschaft die Arbeit einstellte. Der Erfolg war die Beibehaltung der Zwölfstunden- arbeit und die Entlassung des Streikers.

Internationaler Streikakt. Die Zahl der Ausstände ist in harter Zunahme begriffen. In Deutschland, Frankreich und England werden nach der internationalen Streikakt der Berliner Halbmonatschrift: „Der Arbeitsmarkt“ im Monat April 200 Aus- stände gegen 178 im März gezählt.

Die Achtung der deutschen Arbeiter durch die Unter- nehmer ist erlaubt. Das heutige Staatsansehen — belanntlich ein Kollegium gewöhnlicher schwebiger Staatsanwälte — hat vor kurzem die ungewöhnliche, dem Gesetz der Bezeichnung des Nichts- bewußtsein des Hof. In diesem fahrgaben Entscheidung getroffen, daß nach der Generierung nur positive Merkmale an Arbeits- zeugnissen „nützlich“ seien, negative aber, d. h. die Befolgung eines Erfordernisses zur gewissen Kennzeichnung des Inhalts des Zeugnisses erlaubt sei. Danach haben die Unternehmer nun völlig freie Hand, ihre mißliebigen Arbeiter dadurch zu brand- marken, daß sie sich verabschieden, eine bestimmte Wendung im Zeug- nisse wegzulassen. Die Justiz wird in der Tat immer mehr zum Spött. Selbst die so jahne „Soziale Praxis“ schreibt bei der Mitteilung dieser Entscheidung: „Der solcher juristische Haar- spalterei, die sich in schreienden Widerspruch mit dem Geiste des Ge- setzes steht, stehen wir mit staunender Bewunderung“. Das stimmt.

Wortwürgerei. Die Agrarier, allen voran ihr Hauptling und Führer Dr. Hölbe diskutieren die Frage der Gründung nationaler und internationaler Syndikate zur Hochhaltung wucherischer Getreidepreise. Der Weizenpreis beispielsweise sollte nicht auf 160 bis 165 M., sondern auf 180 bis 200 M. stehen. Um den Junkern ein noch ärgeres Schmelzerleben zu ermöglichen, sollte das arme Volk nicht einmal mehr genug Brot essen dürfen. — Das sind auch „deutsche Volksgenossen!“

Die Versicherungskasse gegen Arbeitslosigkeit in Aita a. H. hatte im Jahre 1899 502 Mitglieder gegen 575 in 1898 und 551 in 1897, ist also zurückgegangen. Die Ursache davon sei die günstige Geschäftslage mit der verminderten Arbeitslosigkeit sowie der milde Winter. Diese Erfahrungen sprechen ebenfalls gegen die fatalitäre und für die obligatorische Arbeitslosenversicherung.

Gebe Löhne verbessern die Qualität der Arbeit. Die Produktionsfähigkeit der Wohlfahrtsarbeiter in Gaborin hat den Arbeitslohn um 57% Prozent gehöhert. Dadurch hat sich die Beschaffenheit der Ware wesentlich gehöhert. Während früher mit 10 bis 15 Prozent Ausfall gerechnet werden mußte, beträgt letzterer jetzt nur noch 1 bis 2 Prozent.

419.761 Arbeiter sind in Frankreich gewerkschaftlich organisiert und zwar in 2301 Organisationen. Die Zahl der Zentralverbände beträgt 1182 mit 313.185 Mitgliedern.

## Mitteilungen.

Barmbe. Im „Frühblatt“ vom 24. Juni d. J. steht in einem Bericht aus Hamburg, daß die Verammlung dagegen protestierte, daß einzelne Mitglieder Briefe an den Zentralvorstand schreiben und dieser sich darauf einlassen, wie im Falle Aul, dessen Darstellung auf Verödung der Tariffrage beruhe. Ueber solch eine waghalsige Verhinderung muß ich stammen, denn in jener Ver- sammlung, wo man mich zur Verantwortung einlud, hat auch nicht ein einziger Redner nur den Versuch gemacht, meine Worte als Unwissenheit oder Verödung der Tariffrage zu kritizieren. Die Kritik richtete sich einzig dagegen, daß ich überhaupt diesem Bericht gegeben hätte, und diese nehme ich gerne auf mich, indem ich überzeuge bin, daß mein Brief wahr begetragen hat, daß der Agitation gegen den Zentralvorstand, wie sie von einigen Mit- gliedern seit Jahren beliebt wird, endlich einmal ein Ende gemacht werden muß.

Berlin. (Situationsbericht vom 2. Quartal). Das verflochte Quartal stand unter dem Zeichen der Lohnbewegung der Kollegen der besten Maßgeschäfte. Ursprünglich war eine Bewegung im großen Umfang geplant, welche sich auf sämtliche in Abgeschieden- thätige Kollegen erstrecken sollte. Der Umfang jedoch, daß die Organisation in diesen Kreisen noch nicht genügend vorgehalten war, um eine Lohnbewegung mit Aussicht auf Erfolg durchzuführen zu können, gab die Veranlassung, daß sich die Bewegung nur auf die besten Maßgeschäfte erstreckte. In Betracht kommen hauptsäch- lich 10 Geschäfte, welche circa 160 Personen beschäftigen. Auch die große Auslieferung in Linien, welche die größte der Ge- samtorganisation aus überaus anpronte, wurde lähmend auf den Gang der Verhältnisse ein. In der Hauptsache beschränkte sich die Forderung der Kollegen darauf, verschiedene Ungleichheiten in dem

